



Kredit- und Bürgschaftsprogramm nachbessern

Massive Einbrüche bei Auftragseingängen und Produktion bringen Unternehmen in immense Liquiditätsprobleme. Ursache hierfür ist vor allem die Finanzmarktkrise. Auch die Kreditfinanzierung ist dadurch spürbar schwieriger geworden. Der BDI begrüßt das umfangreiche Kredit- und Bürgschaftsprogramm der Bundesregierung als ersten Schritt, fordert aber Nachbesserungen.

>> Seite 2

Trends



Offenheit der EU sichern

Der BDI macht sich stark für ein wettbewerbsfähiges, handlungsfähiges und offenes Europa.

Die Integration in die EU sichert fünf Millionen Arbeitsplätze in Deutschland.

>> Seite 3

Fakten und Argumente



Europäische Union zukunftsfähig machen

Damit die Europäische Union auch in Zukunft erfolgreich und handlungsfähig bleibt, brauchen wir neben der Erweiterung auch die strategische Vertiefung Europas.

>> Seite 3

Meinung



Keitel: Soziale Marktwirtschaft, so wichtig wie nie

»Die soziale Marktwirtschaft ist kein Schönwetter-System, sondern sie wurde in verdammt schlechten Zeiten nach dem Krieg geprägt«, erklärt BDI-Präsident Hans-Peter Keitel.

>> Seite 4

Interview



Globalisierung nutzen

Wolfgang Grewe, Sprecher der Geschäftsführung von Deloitte Deutschland, ermuntert die Unternehmen, auch die Chancen der Krise zu sehen.

>> Seite 5

Branchenblick

vfa. Die forschenden
Pharma-Unternehmen

Auch in der Krise stabil dank Innovationen

Die forschenden Pharma-Unternehmen in Deutschland erweisen sich auch in der gegenwärtigen Krise als stabiler Faktor der deutschen Industrie.

>> Seite 5

BDI-Themen

Regulierung für den Aufschwung

Intelligente Verkehrssysteme (ITS)

Managergehälter

Protektionismus verschärft Krise

>> Seite 6

Zehn Zeilen Zuversicht

>> Seite 4

Publikationen >> Seite 9

BDI Termine >> Seite 10

Titelthema

Kredit- und Bürgschaftsprogramm nachbessern

Massive Einbrüche bei Auftragseingängen und Produktion bringen Unternehmen in immense Liquiditätsprobleme. Ursache hierfür ist vor allem die Finanzmarktkrise. Auch die Kreditfinanzierung ist dadurch spürbar schwieriger geworden. Der BDI begrüßt das umfangreiche Kredit- und Bürgschaftsprogramm der Bundesregierung als ersten Schritt. Es reicht aber nicht aus, die Unternehmensfinanzierung zu sichern.

Den Unternehmen bereitet es große Sorgen, dass die Banken ihre Kreditkonditionen verteuert und ihre Bonitätsanforderungen zum Teil drastisch verschärft haben. Auch die Sicherheitenanforderungen und Dokumentationspflichten nehmen zu. Jedoch geht es nicht allein um Kredite. Auch die Finanzierung am Kapitalmarkt ist den Unternehmen nur noch erschwert möglich. Zudem sehen sich immer mehr Unternehmen massiven Limitkürzungen und -streichungen der Kreditversicherer ausgesetzt.

Liquiditätsengpässe behindern wiederum die Investitionstätigkeit und selbst den laufenden Geschäftsbetrieb der Unternehmen. Ohne intakte Wertschöpfungsstrukturen und Zulieferstrukturen wird ein Aufschwung in Deutschland nur schwerlich gelingen.

Um die Kreditversorgung der Wirtschaft in der aktuell schwierigen Situation zu sichern, hat die Bundesregierung – auf Initiative der Wirtschaftsverbände – im Rahmen des Konjunkturprogramms I und II mit dem »Wirtschaftsfonds Deutschland« ein umfangreiches Kredit- und Bürgschaftsprogramm aufgelegt. Kernelemente sind

- das KfW-Sonderprogramm 2009 für mittelständische Unternehmen,
- das KfW-Kreditprogramm für größere Unternehmen und
- die Beteiligung der KfW an Konsortialfinanzierungen, ebenfalls für größere Unternehmen.

Einen Überblick über die wesentlichen Programmbausteine bekommen Sie im Internet unter <http://www.bdi.eu/finanzkrise>.



Die Finanzmarktkrise verursacht Liquiditätsengpässe bei den Unternehmen.
Foto: BDI/fotolia (Patrizier-Design)

Der BDI hat das Maßnahmenbündel unterstützt, auch weil es zentrale Elemente enthält, die auf die Initiative der Wirtschaft zurückgehen – beispielsweise die Ausweitung der Haftungsfreistellung für Betriebsmittelkredite, die Absenkung der »Karenzfrist«, in der die Haftungsfreistellung nicht geltend gemacht werden kann, die Auflage einer entsprechenden Finanzierungsfazilität für größere Unternehmen sowie die Einzelmaßnahmen zur Unterstützung der Exportfinanzierung und Exportkreditversicherung.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es verfrüht, ein abschließendes Urteil über das Förderprogramm zu fällen. Hinweise aus den Unternehmen machen aber deutlich, dass die ergriffenen Maßnahmen bislang noch nicht die gewünschte Wirkung zeigen. Der BDI hat bereits auf manche »Webfehler« hingewiesen, die rasch beseitigt werden müssen. Dazu gehört, dass die Durchlaufzeiten beim KfW-Sonderprogramm deutlich kürzer werden müssen. Zudem muss die Risikotoleranz bei den KfW-Betriebsmitteln erhöht werden. Derzeit fallen ganze Bonitätsklassen aus dem Förderraster. Auch sind angesichts der schwierigen Finanzierungssituation der Unternehmen eine weitere Aufstockung der Haftungsfreistellung und Absenkung der »Karenzfrist« sowie eine Ent-

koppelung des Programmzugangs von der Kapitalmarktfähigkeit der Unternehmen unbedingt erforderlich.

Auch das Thema Kreditversicherungen hat für die Wirtschaft weiterhin oberste Priorität. Die Zurückhaltung der Kreditversicherer setzt vor allem die industriellen Zulieferer unter massiven Druck. Hier müssen wir gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, um auf eine tragfähige Rückversicherungslösung hinzuwirken. Zumal in letzter Zeit Bewegung in die festgefahrene Diskussion gekommen ist. Offenbar haben die Kreditversicherer ihre anfängliche kategorische Ablehnung gegenüber einem staatlichen »Rettungsschirm« aufgegeben und sind nunmehr zu einem offenen Dialog in der Angelegenheit mit dem Bundeswirtschaftsministerium bereit. Ob und wie weit dies letztendlich zu einer praxisgerechten Lösung führt, ist noch nicht abzusehen. Der BDI wird die Politik in dieser Angelegenheit nach Kräften unterstützen.

Weitere Informationen zur Finanzmarktkrise finden Sie *hier*.

Ansprechpartner:
Dr. Hans-Joachim Haß, h.hass@bdi.eu

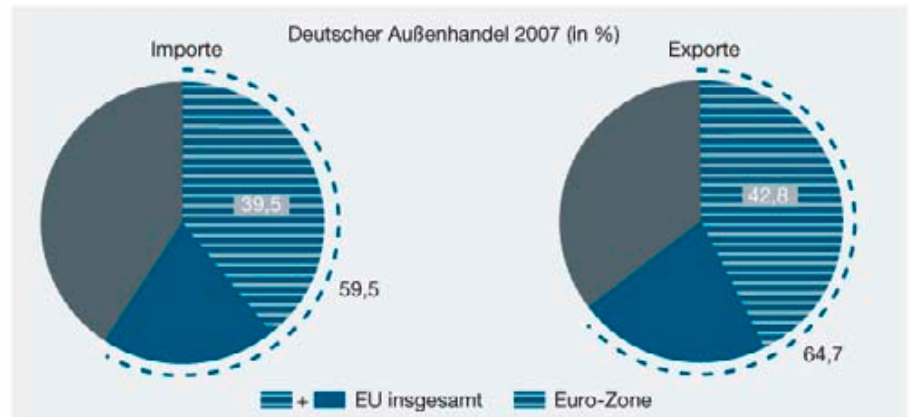
Trends

Offenheit der EU sichern

Der BDI macht sich stark für ein wettbewerbsfähiges, handlungsfähiges und offenes Europa.

Deutschland wickelt 59,5 Prozent der Importe und 64,7 Prozent der Exporte innerhalb der EU ab. In der EU sind mit etwa 447,5 Milliarden Euro rund 55 Prozent aller deutschen Auslandsinvestitionen investiert. Beides trägt dazu bei, rund 5 Millionen Arbeitsplätze und Einkommen in Deutschland zu sichern. Für viele deutsche Unternehmen ist der grenzenlose EU-Markt leistungsstarke Quelle wettbewerbsfähiger Zulieferungen, entscheidender Absatzmarkt, bedeutender Investitionsstandort und feste Basis für weltweite Aktivität. Doch Offenheit darf nicht an den Grenzen der EU enden. Ziel muss es sein, auf starker europäischer Grundlage weltweit Märkte zu öffnen und transparente Regeln zu etablieren.

Europa ist entscheidend für deutschen Außenhandel



Quelle: Deutsche Bundesbank 2008



Weitere Informationen finden Sie im Flyer »Europa Werte- und Mehrwertgemeinschaft für Deutschland«.

Foto: BDI/fotolia (Ulrich Müller)

Ansprechpartner:
Miriam Bodamer, m.bodamer@bdi.eu

Fakten und Argumente

Europäische Union zukunftsfähig machen

Damit die Europäische Union auch in Zukunft erfolgreich und handlungsfähig bleibt, brauchen wir neben der Erweiterung auch die strategische Vertiefung Europas.

Zur zukunftsgerechten Entwicklung der EU gehört der »Vertrag von Lissabon«. Der BDI begrüßt seine Inhalte, auch wenn einzelne Punkte hinter den Erwartungen zurückbleiben. Seine Umsetzung könnte einen Beitrag dazu leisten, dass die EU transparenter, effizienter und schneller entscheiden kann.

Eine zukunftsfähige EU gibt dem Prinzip der Wettbewerbsfähigkeit Vorrang. Das erfordert eine »Post-Lissabon-Strategie«, die zentrale Herausforderungen benennt und konkrete Lösungsansätze für die nationale und europäische Ebene entwickelt. Auch bei Initiativen in den Bereichen Klimaschutz, Umweltschutz, Verbraucherschutz und Soziales müssen Beeinträchtigungen der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen vermieden werden.

Sichtbares Zeichen einer zukunftsfähigen EU ist ein moderner EU-Haushalt. Dieser ist durch Reformen auf der Ausgabenseite (Strukturpolitik, Agrarpolitik) viel stärker auf Bildung, Forschung und Innovation und Wettbewerbsfähigkeit auszurichten. Das derzeitige Haushaltsvolumen ist angemessen. Eine Ausweitung des Haushalts auf mehr als ein Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) ist nicht erforderlich. Eine EU-Steuer ist weder notwendig noch sachgerecht.

Die letzten EU-Erweiterungen sind ein Erfolg. Politisch ist das Gewicht Europas in globalen Gremien (WTO) und bei regionalen Integrationsvorhaben (transatlantisch) gestiegen. Wirtschaftlich tragen intensiver Handel, umfangreiche Investitionen und der Auf- und Ausbau transnationaler Wertschöpfungsketten unter Nutzung aller Standortvorteile zu gesamteuropäischer Wettbewerbsfähigkeit bei. Gerade deutsche Unternehmen nutzen Chancen vor Ort, die zu Wachstum und Beschäftigung auch in Deutschland beitragen. Herausforde-

rung bleibt es, die Länder des Westlichen Balkan auf Grundlage eigener Fortschritte strategisch an die EU heranzuführen, die europäische Perspektive Kroatiens und der Türkei mit Augenmaß zu konkretisieren sowie Brüchen an den EU-Außengrenzen mittels einer gezielten Nachbarschaftspolitik vorzubeugen.

Ein funktionsfähiger EU-Binnenmarkt, international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Unternehmen, voll handlungs- und entscheidungsfähige EU-Organe inklusive effizienter Entscheidungsmechanismen auf europäischer Ebene sowie gezielt eingesetzte EU-Gelder sind wichtige Voraussetzungen für mehr Wachstum.

Weitere BDI-Positionen für das Wahljahr 2009 finden Sie in der Broschüre »Fakten und Argumente«.

Ansprechpartner:
Miriam Bodamer, m.bodamer@bdi.eu

Meinung

Keitel: Soziale Marktwirtschaft, so wichtig wie nie

»Die soziale Marktwirtschaft ist kein Schönwetter-System, sondern sie wurde in verdammt schlechten Zeiten nach dem Krieg geprägt«, erklärte BDI-Präsident Hans-Peter Keitel im SUPERillu-Interview.

Die deutsche Industrie ist in zweierlei Hinsicht von der weltweiten Wirtschaftskrise betroffen: Zum einen sind wir als wichtigster Wirtschaftszweig Deutschlands, der die meisten Werte schafft, die Hauptleidtragenden der weltweit eingebrochenen Nachfrage. Zum anderen stehen wir vor einer großen Herausforderung: Wir, die Wirtschaft und vor allem die Industrie, werden die Krise meistern müssen. Das kann uns niemand abnehmen, auch nicht der Staat. Und der Einbruch ist dramatisch. So dramatisch, dass ich mich an nichts Vergleichbares in meinem Berufsleben erinnern kann. Wenn einzelne Unternehmen Umsatzeinbrüche von 50 Prozent und mehr haben, versteht jeder, dass das Existenz bedrohend ist. Das Schlimmste ist, dass es überall gleichzeitig passiert, die ganze Welt und fast alle Branchen betrifft.

Wir haben im Gegensatz zu früheren Krisen keine Ausweichmöglichkeiten. Das ist, als ob es auf der Autobahn einen Unfall mit Vollsperrung gibt - man steht im Stau, kann ihn weder auf dem Standstreifen noch über Landstraßen umfahren.



BDI-Präsident Hans-Peter Keitel.
Foto: BDI/Kruppa

»Wir haben im Gegensatz zu früheren Krisen keine Ausweichmöglichkeiten. Das ist, als ob es auf der Autobahn einen Unfall mit Vollsperrung gibt - man steht im Stau, kann ihn weder auf dem Standstreifen noch über Landstraßen umfahren.«

Der Unterschied: Während man beim Autobahn-Unfall auf Polizei und Abschleppdienst wartet, sind es bei der Wirtschaftskrise nur die Verkehrsteil-

nehmer selber, sprich: Die Unternehmen und ihre Belegschaften, die die Hindernisse aus dem Weg räumen und die Fahrbahn freimachen können. Wir haben noch keine eindeutigen Anzeichen, dass der Stau sich aufzulösen beginnt, allenfalls die schwache Hoffnung, dass er nicht noch länger wird.

Die Bundesregierung rechnet mit einem Rekord-Minus der Wirtschaftskraft von sechs Prozent in 2009, erwartet für 2010 allerdings schon wieder 0,5 Prozent Wachstum. Das ist realistisch. Aber man muss die Dinge im Zusammenhang sehen: Selbst wenn es nächstes Jahr ein leichtes Wachstum um 0,5 Prozent geben sollte, sind wir gegenüber dem Niveau des letzten guten Jahres 2008 immer noch mit mehr als fünf Prozent im Minus.

Auch wenn Umfragen zufolge im Osten das Vertrauen in die Marktwirtschaft auf dem Tiefpunkt ist. Unser System war von Anfang an die soziale Marktwirtschaft. Und man darf nicht vergessen: Diese soziale Marktwirtschaft ist kein Schönwetter-System, sondern sie wurde in verdammt schlechten Zeiten nach dem Krieg geprägt und hat der Bundesrepublik einen beispiellosen Aufstieg ermöglicht. Von daher bin ich überzeugt: Die soziale Marktwirtschaft ist gerade jetzt so wichtig wie nie.

Zehn Zeilen Zuversicht

Er gilt als wichtigstes Stimmungsbarometer in der deutschen Wirtschaft: der Geschäftsklimaindex des ifo-Institutes. Nun ist er zum zweiten Mal in Folge gestiegen: Von rund 7.000 befragten deutschen Unternehmen blicken mehr als im Vormonat optimistischer in die Zukunft. Experten sagen, dass beim dritten Anstieg in Folge ein echter Trend auszumachen ist. Dennoch wächst die Hoffnung, dass der beispiellose Absturz der letzten Monate sich verlangsamt hat und eine zarte Trendwende in Sicht kommt.

Interview

Wolfgang Grewe: Globalisierung nutzen



Wolfgang Grewe, Sprecher der Geschäftsführung Deloitte

Aus Ihrer Beratungspraxis - was ist der zentrale Schlüssel zur Bewältigung der Krise?

Primäre Voraussetzung ist, dass Unternehmer die Krise als Herausforderung und die darin liegende Chance sehen, mit innovativen Ideen und Strategien eine Basis für zukünftiges Wachstum zu legen; sie erwarten dazu die Schaffung wirtschaftspolitischer Rahmenbedin-

gungen. Dann können Unternehmen neben der momentanen Krisenbewältigung betriebsseitig die Weichen für eine langfristige Wachstumsoffensive stellen: Innovation fördern und umsetzen, neue Strategien auf neuen Märkten einsetzen, Talente gewinnen und binden, die Globalisierung nutzen sowie verantwortungsvoll führen.

Welchen Beitrag können die Wirtschaftsprüfer leisten, damit Deutschland schneller aus der Krise kommt?

Unser Berufsstand unterstützt bei Fragen zu verantwortungsvoller Unternehmensführung, Corporate Governance und leistungsfähigen Kontrollinstrumenten aktiv Organe der Unternehmen und Entscheidungsgremien der Politik. Wir tragen damit wesentlich zur Vertrauensbildung in die nachhaltige Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei.

Bleibt der Titel Exportweltmeister für Deutschland auch nach der Krise erstrebenswert?

Das Denken in starren Kategorien wie Binnen- und Außenhandelsmarkt ist nicht zielführend, sondern das Agieren innerhalb globaler Märkte. Hierfür sind deutsche Unternehmen strukturell als langjährige Exportweltmeister bestens gerüstet. Um sich jedoch erfolgreich im Globalisierungswettbewerb zu behaupten, müssen Unternehmen mit klarer Wertschöpfungsorientierung aktiv Wettbewerbsvorteile erringen.

Wie sieht das Zukunftsmodell der Unternehmensfinanzierung aus?

Die Globalisierung bietet deutlich erweiterte Möglichkeiten bei der Unternehmensfinanzierung. Deutsche Unternehmen mit derzeit noch deutlicher Ausrichtung auf Bankdarlehen, individuelle Kreditlinien und relativ traditionelle Bankbeziehungen treffen nun vermehrt auf Substanzinvestoren: mit institutionellem Beteiligungskapital wird eine attraktive, langfristige Alternative zu Bankkrediten und Kapitalmarktinstrumenten genutzt werden.

Branchenblick

Auch in der Krise stabil dank medizinischer Innovationen

Die forschenden Pharma-Unternehmen in Deutschland erweisen sich auch in der gegenwärtigen Krise als stabiler Faktor der deutschen Industrie.

Der vfa ist der Wirtschaftsverband der weltweit führenden forschenden Pharma-Unternehmen. Er repräsentiert damit gut zwei Drittel des Pharmamarktes in Deutschland.

Mit ihren mehr als 100 Tochterfirmen in Deutschland setzen die Mitgliedsunternehmen des vfa auch in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld auf Forschung und Entwicklung. Rund ein Fünftel der rund 90.000 Mitarbeiter arbeiten im Bereich Forschung und Entwicklung – dies ist ein höherer Prozentsatz als in jeder anderen Branche.

Eine aktuelle Umfrage bei den Mitgliedsunternehmen hat ergeben, dass sich die Erwartungen in Beschäftigung und Wachstum auch für dieses Jahr als

stabil erweisen. Neben dem wachsenden medizinischen Bedarf einer älter werdenden Gesellschaft sorgt ein regelmäßiger Strom an Innovationen für diese optimistische Prognose. vfa-Hauptgeschäftsführerin Cornelia Yzer:

Unsere Forschung gibt Patienten Hoffnung und schafft volkswirtschaftlichen Wohlstand von morgen. Die aktuelle Krise darf nicht missbraucht werden, um überkommene Strukturen zu konservieren. Vielmehr müssen jetzt die Weichen in Richtung zukunftsfähiger Produkte gestellt werden.

Der vfa unterstützt die Initiative des BDI zur steuerlichen Forschungsförderung, um einen Standortnachteil im internationalen Wettbewerb zu beseitigen. Daneben setzt sich der vfa dafür ein, Regulierungen im Gesundheitswesen abzubauen. Stattdessen soll fairer Wettbewerb mehr Effizienz und Qualität durch therapeutischen Fortschritt ge-

währleisten.

Der Blick durch die sozialpolitische Brille allein wird den Erfolg der deutschen Gesundheitswirtschaft im globalen Wachstumsmarkt Gesundheit nicht befördern. Notwendig ist eine Verzahnung von Wirtschafts-, Forschungs- und Gesundheitspolitik. So wie Wirtschaftspolitik sozialverträglich sein muss, so muss auch Gesundheitspolitik standortverträglich sein. Nur dadurch können Investitionsentscheidungen globaler Konzerne nach Deutschland gelenkt werden und der Standort Deutschland gestärkt aus der Krise hervorgehen.

Weitere Informationen zum VFA erhalten Sie *hier*.

vfa. Die forschenden
Pharma-Unternehmen

BDI-Themen

Intelligente Regulierung für den nächsten Aufschwung

Netzgebundene Industrien wie Energie, Telekommunikation oder Eisenbahnen sind zentrale Infrastrukturen. Sie bilden das Rückgrat der Wirtschaft und schaffen Wachstum und Wohlstand.

Für den Übergang dieser Märkte aus ehemaligen Monopolstrukturen in einen fairen Wettbewerb sind Regulierungen unverzichtbar. Im Bereich der Telekommunikation führte dies in den vergangenen Jahren zu einem nachhaltigen Wettbewerb mit erheblichen Vorteilen für Wirtschaft und Verbraucher. Drastisch gesunkene Endkundenpreise bei verbesserter Qualität sind dafür ein Beispiel. Auf dem Energie- und Eisenbahnmarkt erfordert eine nachhaltige Marktöffnung dagegen noch weitere Anstrengungen.

Die Qualität der Regulierung ist damit zu einem Erfolgsfaktor für die Zukunft der Infrastrukturmärkte geworden. BDI-Präsident Hans-Peter Keitel betonte dazu auf der 2. BDI-BNetzA-Regulierungskonferenz am 19. Mai, dass Regulierung regelmäßig auf den Prüfstand gehöre, um sie den aktuellen Anforderungen von Investitionen und Wettbewerb anzupassen. Der europäische Regulierer trägt hier neben der nationalen Politik eine hohe Verantwortung.

Die ökonomischen Grundregeln zur Öffnung von Netzmärkten müssen als Maßstab einer intelligenten Regulierung beachtet werden. Dadurch entsteht Planungssicherheit, die zum Vertrauen der Märkte beiträgt und Impulse für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung freisetzt.



Regulierung unterstützt den fairen Wettbewerb der netzgebundenen Industrien.

Weitere Informationen finden Sie *hier*.

Ansprechpartner:

Dr. Michael Littger, M.Littger@bdi.eu

Intelligente Verkehrssysteme für eine moderne Mobilität

Intelligente Verkehrssysteme sind ein wesentlicher Schlüssel für eine sichere, saubere, leise und effiziente Mobilität.

»Deutschland muss innovative Verkehrssysteme rasch und konsequent einführen.« Das forderte BDI-Präsident Hans-Peter Keitel auf der gemeinsamen Konferenz »Intelligente Verkehrssysteme« von BDI, Bundesverkehrsministerium, BITKOM und VDA am 25. Mai 2009 in Berlin.

Der Weltmarkt für Intelligente Verkehrssysteme (ITS) könnte nach Einschätzung von McKinsey unter richtigen Rahmenbedingungen im Jahr 2020 auf 30 bis 50 Milliarden Euro wachsen. Außerdem könnte ihr umfassender Ein-

satz im Jahr 2020 etwa drei bis fünf Prozent des heutigen Energieverbrauchs im Verkehr einsparen. Diese Chancen will die deutsche Industrie als Vorreiter auf vielen ITS-Teilmärkten nutzen. Der BDI hat die Bundesregierung zu konkreten Schritten aufgefordert: Mehrwertdienste auf Basis der deutschen Lkw-Maut ermöglichen, IKT-Lösungen in Infrastrukturplanungen einbeziehen und so genannte Car-to-x-Frequenzen diskriminierungsfrei vergeben.

Weitere Informationen finden Sie *hier*.

Ansprechpartnerin:

Petra Richter, p.richter@bdi.eu



BDI-Präsident Hans-Peter Keitel bei der Konferenz »Intelligente Verkehrssysteme«; Foto: BDI/Vennemann

» Deutschland muss innovative Verkehrssysteme rasch und konsequent einführen.«

Vernetzung im Gesundheitswesen stärken

Moderne Kommunikationstechnologien im Gesundheitswesen bringen enorme Vorteile in der medizinischen Versorgung. Davon profitieren Patienten. Zugleich werden Impulse für Effizienz, Wachstum und Beschäftigung freigesetzt.

Der BDI unterstützt das Ziel der Bundesregierung, Deutschland zu einem Leitmarkt im Gesundheitswesen zu machen. Die deutsche Gesundheitsindustrie mit einem Jahresumsatz von 260 Milliarden Euro bietet hierfür viel Potenzial. Mit einem Anteil von über zwölf Prozent am Bruttosozialprodukt und viereinhalb Millionen Beschäftigten gehört sie schon heute zu den wichtigsten Wirtschaftssektoren.

Die Politik muss den Gesundheitsmarkt von Überregulierung befreien und für technische Innovationen öffnen: Die geplante Einführung der elektronischen Gesundheitskarte in diesem Jahr wäre ein guter Anfang, um Angebote und Leistungsstrukturen zu verbessern. Berichte vom Patienten könnten künftig in elektronischer Form vom behandelnden Arzt schnell und zuverlässig abgerufen werden. Mehrfachverordnungen und kostenintensive Doppeluntersuchungen würden vermieden. In der Verwaltung



Moderne Kommunikationstechnologien machen das Gesundheitssystem effizienter und sicherer. Foto: BDI/fotolia (Denise Betak)

könnten durch eine intelligente Vernetzung jährlich bis zu fünf Milliarden Euro eingespart werden.

In den vergangenen Jahren hat die Industrie über 300 Millionen Euro in die Entwicklung innovativer IKT-Lösungen investiert. Sicherheit und Vertraulichkeit der Gesundheitskarten waren dabei Kernthema. Sie werden heute durch hochmoderne Methoden der Verschlüsselung (2048-Bit) gewährleistet. Unverständlich sind deshalb jüngste Forderungen im Bundestag nach einem Moratorium der Gesundheitskarte unter Berufung auf die Datensicherheit. Eine weitere Verzögerung der Gesundheitskarte kann und darf Deutschland sich nicht leisten. Die Politik muss Ihre Bemühungen verstärken, diesem wichtigen Zukunftsprojekt zum Durchbruch zu verhelfen - zum Vorteil der Patienten.

Weitere Informationen finden Sie *hier*.

Ansprechpartner:
Dr. Michael Littger, m.littger@bdi.eu

Diskussion zu Managergehältern geht weiter

Das Thema Managergehälter bleibt weiter auf der politischen Agenda. Am 25. Mai 2009 fand zum Gesetzentwurf zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung eine Anhörung im Bundestag statt. Der BDI machte hier seine Position erneut deutlich und mahnte in zentralen Punkten eine Überarbeitung des Entwurfs an.

In der Anhörung kritisierte der BDI nicht nur die geplante Herabsetzungspflicht der Vorstandsvergütungen durch

den Aufsichtsrat sondern auch die neu in den Entwurf eingefügte zweijährige Karenzzeit für den Wechsel ehemaliger Vorstandsmitglieder in den Aufsichtsrat. Diese würde zu einem erheblichen Wissensverlust führen. Eine gesetzliche Verpflichtung zur Vereinbarung eines Selbstbehalts in der D&O-Versicherung (Directors and Officers Liability Versicherung) wäre ein Eingriff in die Vertragsfreiheit.

Die ebenfalls geplante Befassung der Hauptversammlung mit dem Ver-

gütungssystem würde nach Ansicht des BDI emotionalen und endlosen Debatten Vorschub leisten. Die Koalitionsfraktionen haben sich im Nachgang zur Anhörung bereits u.a. darauf geeinigt, auf die Herabsetzungspflicht zu verzichten und eine Soll-Vorschrift vorzusehen. Der Gesetzentwurf soll - mit einigen Änderungen - Mitte Juni vom Bundestag beschlossen werden.

Ansprechpartnerin:
Judith Nikolay, j.nikolay@bdi.eu

Erzwingungsgesetz zu Lasten Dritter

Ein Gesetz, das den Namen »Informationsaustauscherzwingungsgesetz zu Lasten Dritter« trüge, hätte es schwer, auf ein positives Echo zu stoßen. Viel sympathischer klingt da der Titel »Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz«.

Wer wollte schon einem Gesetz seine Zustimmung verweigern, mit dem Steuerhinterziehern das Handwerk gelegt werden soll?! Aber: Das Etikett verspricht mehr, als der Inhalt hält.

Nur eine von vielen vorgesehenen Maßnahmen – die verbesserte Zusammenarbeit von Zoll und Finanzamt – ist geeignet, Steuerhinterzieher besser als bisher zu greifen.

Alle übrigen Maßnahmen bedeuten eine Unmenge an Bürokratie und Unsicherheit für alle Steuerpflichtigen, deren Geschäftspartner in Ländern sitzen, deren Auskunftserteilung in Steuersachen dem deutschen Fiskus nicht genügt. Auf dem Rücken der Steuerpflichtigen sollen Ziele verfolgt werden, die sich nur auf zwischenstaatlicher Ebene erreichen lassen.

Ansprechpartner:
Roland Franke, r.franke@bdi.eu



Steuerhinterziehung bekämpfen als aktuelle Herausforderung. Foto: BDI/photocase (Mr. Poosty)

Protektionismus kein Gegengift gegen Krise

Abschottung und protektionistische Maßnahmen sind kein wirksames Mittel gegen die globale Wirtschaftskrise.

BIAC (Business and Industry Advisory Committee) und OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) müssen sich daher gemeinsam verstärkt für offene Märkte und gegen Protektionismus einsetzen. Das war die zentrale Botschaft des BIAC Roundtable am 22. und 23. Mai in Lissabon, bei dem Wege aus der Krise gesucht wurden.

Der BIAC-Vorsitzende Charles P. Heeter erklärte, die Krise erfordere Maßnahmen auf nationaler wie internationaler Ebene, um das Vertrauen in die Finanzmärkte wieder herzustellen und die Konjunktur in den Ländern zu stimulieren. Auch OECD-Generalsekretär Angel Gurría betonte die Notwendigkeit, das öffentliche Vertrauen in Regierungen und Regulierungen, Banken und Unternehmen, offene Märkte und die Globalisierung insgesamt zu stärken.



Randolf Rodenstock, Mitglied des BDI-Präsidiums und des BIAC-Verwaltungsrates.

BDI und BDA wurden bei dem Treffen vertreten durch Randolph Rodenstock,

Mitglied des BDI-Präsidiums und zugleich Mitglied des BIAC-Verwaltungsrates. In seinem Statement hob Rodenstock hervor, dass fairer Wettbewerb für die Wirtschaft in den OECD-Ländern von herausragender Bedeutung sei. Daher sei es wichtig, dass Investitions- und Anti-Korruptionsregeln in allen OECD-Ländern effektiv umgesetzt werden. Darüber hinaus müsste die OECD stärker darauf drängen, dass auch die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China) die Regeln übernehmen.

BIAC vertritt die Interessen der Wirtschaft gegenüber der OECD. BDI und BDA sind Mitglieder von BIAC.

Die Pressemitteilung von BIAC zur Veranstaltung finden Sie *hier*.

Ansprechpartner:
Corinna Neumann, c.neumann@bdi.eu
René Hagemann-Miksits,
r.hagemann@bdi.eu

Bilanzrecht wurde modernisiert

Das vor kurzem beschlossene Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) stellt die größte Bilanzrechtsreform seit dem Bilanzrichtliniengesetz von 1985 dar. Es nähert das gewachsene deutsche Bilanzrecht internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen an.

Durch das BilMoG erhalten deutsche Unternehmen eine einfachere und kostengünstigere Alternative zu den umfangreichen und komplexen IFRS. Dies soll im Rahmen der Neuausrichtung insbesondere den kleinen und mittleren Unternehmen entgegen kommen. In diesem Zusammenhang wird das HGB von zeitgemäßen Wahlrechten »entrümpelt« und die »umgekehrte Maß-

geblichkeit« abgeschafft. Die Handelsbilanz bleibt aber weiter Grundlage der Ausschüttungsbemessung und der steuerlichen Gewinnermittlung. Darüber hinaus verfolgt das Gesetz das Ziel, die Unternehmen durch Deregulierung so weit möglich von vermeidbaren Kosten zu entlasten.

Der BDI hat zusammen mit der Unternehmensberatung Ernst & Young eine Informationsbroschüre zum BilMoG veröffentlicht. Die Broschüre gibt den Unternehmen einen umfassenden Überblick über alle Neuregelungen und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Bilanzierung unter Berücksichtigung steuerlicher Aspekte. Die Publika-

tion finden Sie *hier*.

Druckexemplare können Sie hier beim BDI unter a.selter@bdi.eu anfordern.

Ansprechpartnerin:
Annette Selter, a.selter@bdi.eu

BDI-Publikationen

BDI Argumentationskarte

Die Argumentationskarte des BDI zum Thema »So kommt Deutschland aus der Krise« fasst die BDI-Kernthemen unter dem Motto »Echte Werte. Die Deutsche Industrie« zu zehn knappen und einprägsamen Punkten zusammen. Ganz bewusst steht die soziale Marktwirtschaft an erster Stelle, denn die aktuelle Krise ist keine Krise der sozialen Marktwirtschaft.

Die Argumentationskarte können Sie *hier* herunterladen.



BDI Termine



BDI-Tag der Deutschen Industrie 2008: Der BDI diskutiert mit Politik und Gesellschaft.

BDI-Tag der Deutschen Industrie, 15.06.2009

Echte Werte - das ist das Motto des Tages der Deutschen Industrie 2009. Der BDI lädt zum großen Sommertreffen von Politik und Wirtschaft in Berlin. Im Mittelpunkt steht die Frage nach den richtigen Rezepten für eine Zukunft in wirtschaftlichem Wohlstand.

Im Superwahljahr ist die Veranstaltung mit hochkarätigen Rednern aus der Politik besetzt: Neben Bundeskanzlerin Angela Merkel kommt der SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier, der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle und Hans-Dietrich Genscher, Außenminister a.D.

Weitere Termine

07.06.2009	Europawahl, Kommunalwahlen in acht Bundesländern	
09.06.2009	Verkehrspolitischer Workshop: Schienengüterverkehr - Erfahrungen und Potenziale	Berlin
15.06.2009	BDI-Tag der Deutschen Industrie	Berlin
18.06.2009	econsense-Jahrestagung	Berlin
30.08.2009	Landtagswahlen im Saarland, in Sachsen und Thüringen	
27.09.2009	Bundestagswahl	

Impressum:

Herausgeber: Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.; Kommunikation und Marketing
Breite Straße 29; 10178 Berlin; Telefon: +49 30 2028-0;
E-Mail: info@bdi.eu; Internet: <http://www.bdi.eu/>
Redaktion: Holger Lösch (V.i.S.d.P.), Dr. Jobst-Hinrich Wiskow, Uta Knott, Manja Korbella